

Was tut Not?

Anmerkungen zu einer geschlechtersensiblen Arbeitsforschung

Ulrike Papouschek, Ingrid Mairhuber

Dass sich Arbeit verändert, wird vielfach und vielerorts konstatiert. Entgrenzung, Subjektivierung, Flexibilisierung sind nur drei der einschlägigen Begriffe, die in den letzten Jahren zur Beschreibung dieser Veränderungen auftauchen. Das Problem: Geschlecht im Sinne von Geschlechterverhältnissen, Geschlechterordnungen, Geschlechterbeziehungen spielt in den Mainstream-Befunden über diese Veränderungen nach wie vor eine untergeordnete Rolle.

Einer der Kernpunkte ist in diesem Zusammenhang, dass die »unbezahlte Arbeit« und die damit verbundenen Implikationen für die geschlechtsspezifischen Lebensbedingungen und Teilhabechancen im Mainstream der gesellschaftlichen, politischen aber auch wissenschaftlichen Diskurse mehrheitlich immer noch ausgeblendet werden. In »innovativen Teildiskursen« (Gottschall 2000:193), etwa zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft findet die »unbezahlte Arbeit« zwar Berücksichtigung und steht mitunter im Zentrum der Betrachtung, jedoch wird sie als »geschlechtsneutral« begriffen, was nicht zur Auflösung, sondern zur Festigung bzw. Vertiefung tradierter geschlechtlicher Arbeitsteilung und Teilhabechancen führt. In der feministischen Forschung kommt hingegen dem Konzept der »unbezahlten Arbeit« ein besonderer Stellenwert zu, handelt es sich dabei doch um eine gesellschaftlich hochnotwendige Arbeit, die nach wie vor mehrheitlich von Frauen geleistet wird und damit die Teilhabechancen und Lebensbedingungen von Frauen fundamental beeinflusst und prägt¹. Feministische Wissenschaftlerinnen machen es sich daher unter anderem zur Aufgabe, diese »Ausblendungen« bzw. die geschlechtsspezifische Verfasstheit von »Arbeit« und die damit verbundenen (männlichen) wissenschaftlichen Konzepte und Begriffe aufzuzeigen und »Korrekturen« in der Mainstream-Wissenschaft anzubringen und die Diskurse feministisch zu reformulieren.

Im vorliegenden Artikel werden – in Anknüpfung an diese Korrekturen – zum einen einige wesentliche Ausgangspunkte geschlechtersensibler Arbeitsforschungsperspektiven identifiziert und kurz beschrieben, und zum anderen als Ausblick exemplarisch einige Kernfragestellungen entwickelt². Wie aus dem Titel ersichtlich erfolgt die Beschreibung in Form eher allgemein gehaltener Anmerkungen.

Ausgangspunkte geschlechtssensibler Arbeitsforschung

Arbeitsforschung aus der Geschlechterperspektive, die zukunftsrelevante Problem-lagen und thematische Schnittstellen erfassen will, muss sich zweifellos auf die derzeit relevanten, gesellschaftlichen Veränderungen und Verschiebungen beziehen. Vier Ebenen können dabei identifiziert werden: Markt, Staat, Familie/Ehe und Nation. Im Zusammenhang mit dem Themenbereich »Arbeit« geht es dem-

nach um Verschiebungen am Arbeitsmarkt, im Wohlfahrtsstaat, im Privaten und im Bereich von Nationalstaatlichkeit. Diese vier Ebenen/Felder stellen gesellschaftliche Verteilungsrelationen dar, die miteinander verschränkt und geschlechtlich strukturiert sind.³ Verschiebungen/Veränderungen auf diesen Ebenen beeinflussen und verstärken sich mitunter wechselseitig und wirken sich insbesondere auf die Frauenarbeit («bezahlte und unbezahlte Arbeit») und die geschlechtliche Arbeitsteilung aus.

Verschiebungen: Arbeitsmarkt

Verschiebungen am Arbeitsmarkt manifestieren sich im Strukturwandel der Berufsarbeit bei steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen, in der Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen jenseits des »männlich konstruierten Normalarbeitsverhältnisses« und in neuen Organisationsstrukturen (und damit einhergehend neuen Managementstrategien).

Der Strukturwandel zeigt sich in der sogenannten Tertiarisierung. Damit ist eine Ausdehnung bzw. zunehmende Vormachtstellung des Dienstleistungsbereiches bei gleichzeitig quantitativem und qualitativem Bedeutungsverlust des Industriesektors gemeint. Die Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungssektor ist neben Ausdifferenzierung und enormer Bedarfssteigerung in den letzten Jahren auch auf verstärkte Bestrebungen zurückzuführen, bislang »unbezahlte Reproduktionsarbeit in marktformige Dienstleistungsarbeit« umzuwandeln. Dieser Strukturwandel vollzieht sich unter steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen. Diese resultiert allerdings stärker aus der Umverteilung der Erwerbsarbeit zwischen Frauen und der Zunahme von Teilzeitarbeit, als in einer Schaffung von (Vollzeit-)Arbeitsplätzen oder einer Umverteilung von Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern. Teils treffen dabei die Flexibilisierungsinteressen der Unternehmen auf spezifische Erwerbspräferenzen, die sich u.a. aus den Zwängen des weiblichen Lebenszusammenhangs ergeben, teils werden Frauen »unfreiwillig« der Flexibilisierungsreserve zugeschlagen. Die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen und die Strategien der Unternehmen stellen die Normalitätsannahmen im Hinblick auf Beschäftigungsformen und Erwerbsbiografien in Frage und rücken das Problem der materiellen Existenzsicherung und insbesondere der sozialen Sicherheit zunehmend in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Seit nunmehr 20 Jahren werden neue Formen der Arbeitsorganisation als Antwort auf geänderte Anforderungen an die Unternehmen propagiert. Die intensivere Konkurrenz auf den Märkten und das – u.a. durch Marketingstrategien beeinflusste – veränderte Nachfrageverhalten verlangen höhere Flexibilität im Sinne von Reaktionsgeschwindigkeit und Anpassungsfähigkeit. Mit »flacheren Hierarchien«, partizipativem Management und teilweiser Selbstorganisation der Arbeitskräfte (etwa Aufgabenintegration, Gruppenarbeit) sollten Dysfunktionalitäten von Bürokratie und Taylorismus überwunden und den geänderten Anforderungen Rechnung getragen werden. Damit zogen neue Leitbilder in traditionelle Industrie- und Dienstleistungsbranchen ein, vor allem aber wurden neue Beschäftigungsfelder, etwa in der so genannten *New Economy* zur Vorhut der »Zukunft der Arbeit« stilisiert. Allerdings verläuft diese Entwicklung nicht ohne Widersprüche: Sie vollzieht sich auf dem Hintergrund eines verschärften Wettbewerbs zwischen

den Betrieben, aber auch zwischen den Arbeitskräften selbst. Hinzu kommen Tendenzen der »Erosion des Normalarbeitsverhältnisses«, des Abbaus von arbeitsrechtlichen Schutzmaßnahmen (De-Regulierung) und der Auflösung des Betriebs als soziale Einheit durch Auslagerung von Aufgaben und durch zunehmende atypische Beschäftigungen, welche wiederum Frauen wesentlich stärker betreffen als Männer.

Auch die mit der Einführung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) genährten Hoffnungen hinsichtlich der Verbreitung neuer Formen der Arbeitsorganisation haben sich als zweischneidig erwiesen: So wird von immer mehr Berufsgruppen erwartet, dass sie sich als »ganze Person« in den Dienst des Unternehmens stellen. Organisatorische Regeln werden, soweit sie die Effektivität des Engagements beeinträchtigen – dem Schlagwort »empowerment« folgend – in diesen Bereichen eher abgebaut. Die Schattenseiten dieser Entwicklung bestehen aber nicht nur in den hohen Belastungen, wichtiger ist die Diskriminierung, welche durch die Selektion nach Persönlichkeitsmerkmalen und durch die übermäßigen Anforderungen an die Verfügbarkeit der Arbeitskraft entsteht. Schon die Ausdehnung der Arbeitszeiten und die hohe geografische Mobilität lassen erkennen, dass Beruf und Privatheit (insbesondere Beruf und Kinder) in solchen Arbeitsfeldern in der Regel kaum vereinbar sind.

Verschiebungen: Wohlfahrtsstaat

Verschiebungen und Veränderungen im Wohlfahrtsstaat manifestieren sich im Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und Sachleistungen; in einem Paradigmenwechsel der unter dem Schlagwort: »from welfare to workfare« stattfindet; in einer Individualisierung von Geldleistungsansprüchen und in einem Ausbau von Leistungen die explizit oder implizit auf der Verfügbarkeit der »unbezahlten und schlecht bezahlten Arbeit« aufbauen.

Der Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und Sachleistungen bedeutet einerseits die Einschränkung eines wichtigen beruflichen Betätigungsfeldes für Frauen: Insbesondere der Ausbau des Wohlfahrtsstaates in den 60er und 70er Jahren ging mit einer verstärkten Integration von Frauen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen einher. Der Rückbau von wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen hat zur Folge, dass viele der dort – auf relativ hohen Bildungs- und Einkommensniveaus – geschaffenen Arbeitsplätze für Frauen verloren gehen. Andererseits bildete die Bereitstellung öffentlicher Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen gleichzeitig aber auch den Rahmen für die Arbeitsmarktintegration von Frauen, denn die »Vergesellschaftung« der Versorgungsarbeit ist – neben der Beteiligung der Männer – grundlegende Voraussetzung dafür. Darüber hinaus entsteht mit der Reduzierung von bisher öffentlich organisierten sozialen Dienstleistungen ein »Vakuum«, das teilweise durch vermehrte »unbezahlte Versorgungsarbeit« von Frauen, »ehrenamtliche« Tätigkeiten und/oder informeller Arbeit gefüllt wird bzw. werden soll. Der Rückbau der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und Sachleistungen hat vielschichtige Auswirkungen. Um nur einige zu nennen: die Refamilialisierung der Frauen/arbeit, die Verschlechterung der Erwerbschancen von Frauen, die Entpolitisierung von sozialen und gesellschaftspolitischen Problemlagen, die Ausdehnung der ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Der Paradigmenwechsel der unter dem Schlagwort: »from welfare to workfare« stattfindet, bedeutet, dass Geldleistungen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und sozialer Bedürftigkeit, zunehmend an die »Arbeitsbereitschaft« bzw. den »Arbeitseinsatz« von potentiellen LeistungsbezieherInnen geknüpft werden (siehe auch den Beitrag von Jamie Peck in diesem Heft). Dahinter verbirgt sich – positiv betrachtet – die Idee, dass Menschen über diese Tätigkeiten in den Erwerbsarbeitsmarkt zurückgeführt werden sollen. Dies bedeutet aber auch einen größeren Druck auf Menschen, die sich ohnedies in sehr schwierigen Lebenslagen befinden, sowie eine Individualisierung von sozialen und ökonomischen Problemlagen. Bei den zu verrichtenden Arbeiten/Tätigkeiten handelt es sich zudem meist nicht um Erwerbsarbeit, sondern um sogenannte »Gemeinwesenarbeit«, die häufig im sogenannten Dritten Sektor angeboten wird und keine unmittelbare Arbeitsmarktintegration nach sich zieht. Dieser Paradigmenwechsel im Wohlfahrtsstaat zieht u.a. eine Verschiebung zwischen Erwerbsarbeit, »ehrenamtlicher« Tätigkeit und »informeller« Arbeit nach sich, die insbesondere Auswirkungen auf die geschlechtliche Arbeitsteilung hat.

Die Individualisierung der Ansprüche auf Geldleistungen des Wohlfahrtsstaates – wie etwa Alterspensionen – entspricht zwar einerseits der von frauenpolitischer Seite seit Jahrzehnten eingebrachten Forderung nach ökonomischer Eigenständigkeit von Frauen. Eingebettet in einen neoliberalen Gesamtzusammenhang, scheint es sich jedoch vielfach um eine Individualisierung von Problemlagen zu handeln. Der für Frauen ohnedies problematische »paternalistische« Schutzgedanke wird durch Eigenverantwortung und eigenständige Existenzsicherung ersetzt, ohne jedoch die Gewährleistung der notwendigen Rahmenbedingungen – etwa Umverteilung der unbezahlten Arbeit – sicherzustellen. Der Ausbau von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, die explizit oder implizit auf der Verfügbarkeit von »unbezahlter und/oder schlecht bezahlter Arbeit« aufbauen, zeichnet sich vor allem in jenen Bereichen ab, die sich auf die »Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit« beziehen. Erhöhter Bedarf – etwa durch gestiegene Lebenserwartung – sowie erhöhte Ansprüche an Betreuung, Erziehung und Pflege einerseits, und Einsparungen im Bereich der öffentlich organisierten, sozialen Dienstleistungen bzw. eine Politik der Kostenkonsolidierung andererseits, haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass zwar neue Geldleistungen – etwa das österreichische Bundespflegegeld – geschaffen wurden. Diese Geldleistungen sind aber sehr niedrig angesetzt und bauen auf unbezahlter oder schlecht bezahlter Arbeit auf. Eine Zunahme der unbezahlten privaten und/oder ehrenamtlichen Betreuungs- und Pflegearbeit von Frauen und vor allem der informellen Arbeit von MigrantInnen ist die Folge. Ein »neuer« informeller Arbeitsmarkt entsteht, der von öffentlicher Seite nicht nur gebilligt, sondern in seiner Entstehung gewünscht und forciert wird.

Verschiebungen: Privat

Veränderungen im Privaten drücken sich aus in einer Pluralisierung von Lebensformen; in einem veränderten Stellenwert von Erwerbsarbeit für Frauen und in einer Änderung von »Ehe und Familie« als Verteilungsrelation.

Die Vielfalt privater Lebensformen hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen: Zusammenleben mit und ohne Eheschließung, mit und ohne Kinder, Al-

leinerziehende, »Fortsetzungsfamilien«, Lebensabschnittsgefährten, etc. Das traditionelle Ehe- und Familienmodell hat seine Monopolstellung verloren. Die Wahl der Lebensform ist zudem leichter revidierbar, sichtbar wird dies an der Zunahme der Scheidungszahlen. Die unmittelbare Verbindung zwischen Frauenleben und Mutterschaft hat sich abgeschwächt – Stichwort: Mutterschaft als Wahlmöglichkeit. Mutterschaft hat damit auch für Frauen als kontinuierliche Identitätssicherung an Wichtigkeit verloren.

Für Frauen hat diese Entwicklung eine besondere Bedeutung, da sich ihr gesellschaftlicher Status und ihre soziale Identität bisher in viel stärkerem Ausmaß als der von Männern durch den Familienstatus bestimmte. Mit der Institutionalisierung des bürgerlichen Ehe- und Familienmodells als vorherrschende private Lebensform war ein elementar selbstverständlicher Sinn- und Verweisungszusammenhang kulturell etabliert. Vor wenigen Jahrzehnten war dieser Verweisungszusammenhang auch noch für die heranwachsende Generation gültig. Familiengründung und Kinder gehören zwar nach wie vor zum Lebensplan Jugendlicher, sind jedoch für weibliche Jugendliche nicht mehr vorrangiges Lebensziel. Als Leitbild des Frauenlebens hat sich die »doppelte Lebensführung« durchgesetzt, die auch mit dem Schlagwort »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« beschrieben wird.⁴ Dieses Leitbild gilt bereits als Norm, für die es aber – im Unterschied zum männlichen Normalerwerbsverlauf – noch kein institutionalisiertes Verlaufsmodell gibt.

Verändert hat sich durch diese Entwicklung natürlich auch der Stellenwert der Erwerbsarbeit für Frauen. Einerseits erfährt Erwerbsarbeit in der weiblichen Lebensplanung eine enorme Aufwertung. Andererseits lässt der Umstand, dass Ehen oft nicht mehr »fürs Leben« geschlossen werden, die Erwerbsarbeit als Existenzsicherungs- und Sinnperspektive immer stärker in den Vordergrund treten. Je mehr Erwerbsarbeit als zentrale Verteilungsinstanz für die materiellen und sozialen Teilhabechancen an Bedeutung gewinnt, desto höher ist auch die Notwendigkeit, einer berufsorientierten Lebensführung für Frauen. Dies umso mehr als die Pluralisierung der Lebensformen mit nicht unerheblichen Folgen für die soziale Sicherheit von Frauen verbunden ist, da diese vor allem in den konservativen kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten u.a. stark an den Ehestand geknüpft ist.

Verschiebungen: Nationalstaatlichkeit

Die Veränderungen von Nationalstaatlichkeit manifestieren sich in Form von Entnationalisierung auf mehreren Ebenen im Sinne einer Europäisierung, einer Globalisierung sowie Transnationalisierung und gleichzeitig einer Regionalisierung.

Im Zuge des EU-Integrationsprozesses verändern sich nationalstaatliche Funktionen (wie etwa bezüglich Sozial- und Arbeitsmarktpolitik etc.), die Europäische Union übernimmt bestimmte Aufgaben bzw. beeinflusst durch bestimmte Vorgaben (wie etwa das Konzept des Gender-Mainstreaming) nationale Politiken oder steckt den Rahmen dafür ab. Diesem Einfluss der EU steht einerseits ein manifestes (Geschlechter-)Demokratiedefizit gegenüber, andererseits können über internationale Verbände, Netzwerke, NGOs etc. die Entscheidungsfindungsprozesse der EU aber auch beeinflusst, und somit die Rahmenbedingungen etwa für die nationale Sozial-, Gleichstellungs-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mitgestaltet werden. Darüber hinaus führt der Integrationsprozess vor allem durch

Arbeitsmigration zur Umschichtung des Arbeitsmarktes. Dies drückt sich beispielsweise in begrenzten Karrieren »inländischer« Mittelschichtfrauen bei gleichzeitiger Entwertung weiblicher Bildung von qualifizierten »ausländischen« Frauen, die als »neue Dienstbotinnen« arbeiten, aus.

Auch im Hinblick auf die Globalisierung muss zwischen einer politischen und wirtschaftlichen Dimension unterschieden werden. Die politische Globalisierung zieht ebenfalls eine Reorganisation nationalstaatlicher Funktionen (bezüglich Wirtschafts- und Sicherheitspolitik) nach sich, wobei hier u.a. supranationale Verbände, wie die UNO an Bedeutung gewinnen (können), was sich etwa im Hinblick auf eine Demokratisierung der Menschen- und Frauenrechte auch als positiv darstellt. Die ökonomische Globalisierung zeigt sich insbesondere in einer Internationalisierung der Finanz- und Arbeitsmärkte. Die bereits für die »Europäisierung« konstatierte Umschichtung des Arbeitsmarktes, vollzieht sich auch auf globaler Ebene, wobei hier durch »illegale« Einwanderung und »Frauenhandel« qualitativ andere Problemlagen hinzukommen. Der Einfluss und die Macht wirtschaftlicher Organisationen und großer transnationaler Unternehmen verändert die Funktion der Nationalstaaten. Hegemoniale Diskurse über »Standortsicherung« und »Wettbewerbschancen« minimieren den Spielraum für demokratiepolitische Entscheidungsprozesse betreffend sozialer und ökonomischer Teilhabechancen und -rechte. Transnationale Konzerne entkoppeln sich zudem von nationalstaatlichen Regelungen und bringen die Errungenschaften des europäischen Wohlfahrtsstaatsmodells unter Druck. Neben den transnationalen Unternehmen kommt es im Zuge der Globalisierung auch zur Herausbildung von transnationalen Räumen, Organisationen, Netzwerken und Kommunikationen.⁵ So leben etwa MigrantInnen, die Erfahrungen in ihrem Herkunfts- und Zielland aufeinander beziehen und parallel verarbeiten, in transnationalen sozialen Räumen. Nationale kulturelle Identitäten – etwa auch im Hinblick auf die geschlechtliche Arbeitsteilung – verlieren durch Migration und transnationale »Massenkulturen« mitunter an Bedeutung. Gleichzeitig nehmen transnationale Netzwerke von Frauen zu, nützen die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien und entwickeln gemeinsame Strategien im Hinblick auf Problemlagen, wie die »Informalisierung der Arbeit«, »Arbeit und Frauengesundheit« und den »internationalen Frauenhandel«.

Die stattfindende Regionalisierung wird beispielsweise an der Verstärkung der regionalen Differenzierung zwischen Wachstumsregionen (wie etwa Ostasien) und »Ökonomien der Krise« (wie etwa Afrika oder Lateinamerika) sichtbar. Zwischen den führenden Wirtschaftsregionen (USA, Japan, Europa) und dem »Rest der Welt« entstehen asymmetrische Machtverhältnisse, die zu einer ungleichen internationalen Arbeitsteilung führen und die Gestaltungsmöglichkeiten sowie Teilhabechancen der dort lebenden Menschen entscheidend beeinflussen (Lenz 2000: 224). Aber selbst in den führenden Wirtschaftsregionen und innerhalb der Nationalstaaten entstehen neue und stabilisieren sich mitunter alte Zentren und Peripherien (wie etwa Nord- und Süditalien). Die Belastung der Frauen durch Erwerbsarbeit, informelle Arbeit und »unbezahlte Arbeit« – um etwa das prekäre Einkommen zu kompensieren – ist daher nicht nur schichtspezifisch, sondern auch regional sehr unterschiedlich. Durch Produktions- und Dienstleistungsverlagerungen werden u.a. neue geschlechts- und klassenspezifische Segregationslinien vor Ort gezogen: im Produktionsbereich entstehen in diesen Regionen vielfach neue Sektoren mit

Niedriglohnbeschäftigung; handelt es sich um Verwaltungs- oder Finanzdienstleistungen entstehen qualifizierte Beschäftigungsfelder, die jedoch vom Arbeitsmarkt-Umfeld abgeschottet sind (Wichterich 1998).

Mitunter bilden sich aber auch lokale Organisationen und Netzwerke, wie etwa Tauschringssysteme, die zum Ziel haben, sich aus den unerfüllbaren Rahmenbedingungen einer »globalisierten Weltökonomie« zu befreien und vor Ort ein »(Über-)Leben in Würde« zu sichern. Zudem werden im Zuge der EU-Integration bestimmte Aufgaben und Politikbereiche – wie etwa soziale Dienstleistungen, Beschäftigungsmaßnahmen – den Regionen übertragen, was zu einer stärkeren Regionalisierung der Problemlagen und -lösungsmöglichkeiten führt.

Ausblick: Perspektiven und Fragestellungen

Ausgehend von diesen Verschiebungen ergeben sich eine Vielzahl von Problem- und Fragestellungen, die, soll in zukünftiger Arbeitsforschung Geschlecht nicht mehr nur eine nachgeordnete Rolle spielen, untersucht und in die »mainstream« Diskussionen integriert werden müssen. Um auf den verschiedenen Ebenen beispielhaft nur einige wesentliche Forschungsstränge zu nennen:

Auf der Ebene des Arbeitsmarktes sind es theoretische und empirische Analysen des Konzepts von »atypischen« bzw. »typischen« Erwerbsformen aus der Geschlechterperspektive: einerseits eine geschlechtersensible theoriegeleitete Erforschung »selbständiger Erwerbstätigkeit« von Frauen sowie neuerer »atypischer« Beschäftigungsformen – wie etwa »neue Selbständige«, »freie DienstnehmerInnen«, »Teleheimarbeiterinnen«; andererseits die Entwicklung einer geschlechtersensiblen Typologie von »typischen und atypischen« Erwerbsformen sowie eine Neufassung des »Normalarbeitsverhältnisses«. Zum anderen stellen sich – vor dem Hintergrund gestiegener Bildungsabschlüsse und zunehmender Frauenerwerbstätigkeit, vor dem Hintergrund von Gleichstellungsprogrammatiken (etwa als Postulat der Beschäftigungspolitik, aber auch in Unternehmen), der Präsenz von Frauen in Männerberufen und umgekehrt, der De-Thematisierung von Geschlecht in bestimmten Managementkonzepten etc. – Fragen nach (»neuen«) Reproduktionsmechanismen geschlechtlicher Ungleichheit (neue Schließungsmechanismen und neue geschlechtliche Segregationslinien). Zu nennen sind aber auch Analysen zu den geschlechtsspezifischen Dimensionen bzw. Implikationen des Ehrenamtes für die Frauenerwerbstätigkeit (etwa »Brückenfunktion« oder »Substitutionseffekt«) und Untersuchungen von Rekrutierungs-, Motivations- und Qualifizierungsmustern ehrenamtlich engagierter Frauen und Männer in verschiedenen Bereichen des Ehrenamtes. Es sind Fragen nach Schnittstellen von Erwerbsarbeit und Ehrenamt und deren Folgen bzw. Implikationen für die Professionalisierung und/oder De-Professionalisierung – etwa der sozialen Arbeit.

Auf der Ebene des Wohlfahrtsstaates handelt es sich beispielsweise um Analysen der Auswirkungen des Um- und Rückbaus wohlfahrtsstaatlicher Institutionen auf die Erwerbsarbeitschancen von Frauen (insbesondere in den Transformationsländern), auf die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede und auf die berufliche Segregation; um eine geschlechtersensible Diskursanalyse und Rekonstruktion der rechtlichen und verwaltungstechnischen Maßnahmen betreffend den Abbau von Erwerbsarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. Anzuführen sind aber auch

Analysen über die Auswirkungen des Um- und Abbaus von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen auf die Quantität und Qualität der »unbezahlten Versorgungsarbeit«, der »ehrenamtlichen Tätigkeiten« und der »informellen Arbeit«; die (veränderte) Verteilung dieser Arbeiten zwischen den Geschlechtern und innerhalb der Frauen (insbesondere die Rolle der Arbeitsmigrantinnen). Es geht um geschlechtssensible Analysen der Stimulierung neuer »Arbeitsformen« im Rahmen der Veränderungen im Wohlfahrtsstaat und/oder der neuen Verteilungskonzepte – wie etwa »Bürgergesellschaftsmodelle« oder »Zivilgesellschaftsmodelle«; eine Begriffsklärung und der Versuch einer Abgrenzung zwischen Erwerbsarbeit, informeller Arbeit, Ehrenamt/BürgerInnenarbeit, unbezahlter Familien- und Hausarbeit etc.

»Im Privaten« geht es u.a. um Auswirkungen dieser Verschiebungen auf Lebenspläne/Lebensorientierungen von junger Frauen, um Auswirkungen auf weibliches Erwerbsverhalten, um Auswirkungen auf die geschlechtliche Arbeitsteilung innerhalb der Partnerschaften und es geht auch um neue soziale Risikolagen und soziale Sicherheit von Frauen, die mit sozioökonomischen Veränderungen und Veränderungen privater Lebensformen in Zusammenhang stehen – insbesondere das Abstiegsrisiko von Frauen nach einer Scheidung, das Armutsrisiko alleinerziehender Mütter etc. Notwendig scheint in diesem Zusammenhang die Weiterentwicklung von Konzepten der Flexibilität und Sicherheit (Flexicurity), die neben der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes auch auf die Pluralisierung der Lebensformen Bezug nehmen.

Auf der Ebene der Nationalstaatlichkeit handelt es sich schließlich beispielsweise um Analysen der Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen EU-Integration auf die Frauenarbeit (Quantität, Qualität und Verteilung der »bezahlten und unbezahlten Arbeit«), ein Engendering der EU-Finanzpolitik und der Europäischen Zentralbank im Hinblick auf die Verteilung der »bezahlten und unbezahlten Arbeit«, um Auswirkungen des Gendermainstreaming auf die nationalen Diskurse und konkreten Maßnahmen der Gleichbehandlungs- und Frauenpolitik – auf den verschiedenen Entscheidungs- und Umsetzungsebenen. Es geht um Auswirkungen der transnationalen Unternehmensstrategien und des hegemonialen Diskurses betreffend »Standortsicherung« und »Wettbewerbsvorteil« auf die Frauenerwerbsarbeit und die geschlechtliche Arbeitsteilung, um die Entwicklung neuer Formen der geschlechterdemokratischen (betrieblichen, nationalen, EU-weiten und transnationalen) Interessensartikulation, die Einflussnahme lokaler, nationaler und transnationaler »Frauen(arbeits)netzwerke«, um transnationale soziale Räume und Geschlechterbilder/diskurse – insbesondere im Hinblick auf die geschlechtliche Arbeitsteilung.

Dass angesichts der österreichischen Forschungspolitik der letzten Jahre die Hoffnung auf eine breite Verwirklichung (d.h. auch Finanzierung) zukunftsrelevanter, geschlechtssensibler Arbeitsforschung gering ist, ändert nichts an deren Notwendigkeit.

Anmerkungen

- 1 Da mit dem Begriff/Konzept der »unbezahlten Arbeit« sehr unterschiedliche Dimensionen und Formen von Arbeit angesprochen sein können, ein kurzer Verweis darauf, was in der feministischen Diskussion unter diesem Begriff verstanden und mitunter subsumiert wird. Zunächst wurde im Rahmen der sogenannten »Hausarbeitsdebatte« der traditionelle Arbeitsbegriff, der auf die (männliche) Lohnarbeit eingeschränkt war, um die »reproduktive Arbeit« bzw. die »private Haus- und Familienarbeit« der Frauen erweitert (vgl. u.a. Werlhof 1978). In der Folge kam es zu einer Ausdifferenzierung der »Haus- und Familienarbeit« in: Hausarbeit im engeren Sinne, Kinderbetreuungsarbeit, Erziehungsarbeit, Pflegearbeit etc. Darüber hinaus hat in den letzten Jahren der Begriff »Versorgungsarbeit« starke Verbreitung gefunden. Dieser kann einerseits alle angeführten Bereiche der »Haus- und Familienarbeit« erfassen; andererseits liegt mit dem Begriff »Versorgungsarbeit« die Betonung stärker auf der unbezahlten privaten Betreuungs- und Pflegearbeit. In der angloamerikanischen Debatte ist die Rede von »care working« («Zuwendungsarbeit»), womit vor allem der fürsorgende Charakter dieser Arbeit hervorgehoben wird. Mit der sogenannten »Krise des Wohlfahrtsstaates« und den Einschränkungen im Bereich der sozialen Dienstleistungen bei gleichzeitiger Zunahme des Bedarfs (wie etwa durch eine höhere Lebenserwartung) an diesen Pflege- und Betreuungsarbeiten kamen vor allem im deutschsprachigen Diskurs auch die »ehrenamtlichen Tätigkeiten« in das feministische Blickfeld (vgl. u.a. Notz 1987). Unter »unbezahlter Arbeit« ist demnach sowohl »Haus- und Familienarbeit« als auch »ehrenamtliche Arbeit« zu verstehen. Zu im Zuge der Debatten um die »Zukunft der Arbeitsgesellschaft« vorgeschlagenen Erweiterungen des Arbeitsbegriffs siehe u.a. Jansen (2001), Gubitzer (2001).
- 2 Der vorliegende Artikel fußt auf einem Forschungsprojekt über Perspektiven transdisziplinärer Geschlechterforschung im Themenbereich bezahlte und unbezahlte Arbeit, das für die Abteilung Gesellschaftswissenschaften des bm:bwk 2002 durchgeführt wurde.
- 3 Joan Acker spricht, bezogen auf die Felder Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat und »Ehe und Familie« von gesellschaftlichen Verteilungsrelationen, die sich im »Lohn«, den »wohlfahrtsstaatlichen Leistungen« und den »rechtlichen Normierungen von Ehe und Familie« ausdrücken. Die geschlechtliche Strukturiertheit der Verteilungsrelation stellt sich nach Acker folgendermaßen dar: »In der Konzeption des Lohnes als Familienernährerlohn, in den Wohlfahrtsstaatsleistungen, die in Analogie zum Familienernährerkonzept konzeptualisiert sind und schließlich auch in den über die Ehe und Familie gestifteten Sozialbeziehungen zwischen Männern und Frauen, die ungleiche Ansprüche und Rechte begründen und diese zugleich in das Korsett der »persönlichen Liebesbeziehung« zwingen« (Acker, Ausführungen nach: Gottschall 2000:219). In Anlehnung an Ilse Lenz (2000) müssen diese Verteilungsrelationen um die Dimension der »Nation« bzw. »Staatsbürgerschaft« ergänzt werden: »Mit der Staatsbürgerschaft gehen nicht nur die Möglichkeit politischer Partizipation, sondern auch die Regulation des Zuganges zu zentralen Ressourcen, insbesondere zu Arbeitsplätzen und sozialer Sicherung einher« (Lenz, Ausführungen nach: Gottschall 2000:239).
- 4 Natürlich finden sich neben der doppelten Lebensführung auch andere Lebensplanungstypen bei jungen Frauen. Die doppelte Lebensplanung stellt nach Geissler/Oechsle (1998) jedoch eindeutig den Mehrheitstypus dar.
- 5 Unter transnational sind dabei »neue Formen von Kombinationen und Synthesen jenseits nationalen Rahmungen und Kulturen in bestimmten Handlungskontexten oder sozialen Räumen« zu verstehen (Lenz 2000:233).

Literatur

- Gottschall, Karin (2000): Soziale Ungleichheit und Geschlecht. Kontinuitäten und Brüche, Sackgassen und Erkenntnispotentiale im deutschen soziologischen Diskurs, Opladen
- Gubitzer, Luise (2001): Existenzsicherndes Grundeinkommen. Frauenrecht oder Frauenfalle am Beispiel von Arbeit; in: Heitzmann, Karin/Schmidt, Angelika (Hg.), Frauenarmut. Hintergründe, Facetten, Perspektiven, Peter Lang Verlag, Frankfurt a.M.
- Jansen, Mechthild (2001): Arbeit – Produktivität – Ökonomie – Werte – Demokratie; in: Andruschow, Karin (Hg.), Ganze Arbeit. Feministische Spurensuche in der Non-Profit-Ökonomie, Berlin

- Lenz, Ilse (2000): Gender und Globalisierung: Neue Horizonte?; in: Cottmann, Angelika/
Kortendiek, Beate/Schildmann, Ulrike (Hg.), Das undisziplinierte Geschlecht, Opladen
- Notz, Gisela (1987): Arbeit ohne Geld und Ehre – Zur Gestaltung ehrenamtlicher sozialer
Arbeit, Opladen
- Oechsle, Mechthild/Geissler, Birgit (Hg.) (1998): Die ungleiche Gleichheit. Junge Frauen und
der Wandel im Geschlechterverhältnis, Opladen
- Werlhof, Claudia von (1978): Frauenarbeit der blinde Fleck der Politischen Ökonomie; in:
beiträge zur feministischen theorie und praxis, Hef 1
- Wichterich, Christa (1998): Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit,
Reinbek